



Gemeinderat

Protokoll Nr. 08/2016

Datum Donnerstag, 15. Dezember 2016

Dauer 14:00 - 18:30 Uhr

Anwesend

Präsidentin Tina Gartmann-Albin

Mitglieder	Romano Cahannes	Dr. Jean-Pierre Menge
	Mario Cortesi	Dr. Andri Mengiardi
	Guido Decurtins	Dr. Hans Martin Meuli
	Stefan Grass	Beath Nay
	Oliver Hohl	Urs Rettich
	Dr. Dominik Infanger	Claudio Senn Meili
	Dr. Jürg Kappeler	Michael Trepp
	Dr. Carla Maissen	Susanne von Rechenberg-Arber
	Anita Mazzetta	Martha Widmer-Spreiter (bis 17:20 Uhr)
	Adrian Meier	

Stadtrat Stadtpräsident Urs Marti
Stadträtin Doris Caviezel-Hidber
Stadtrat Tom Leibundgut

Protokoll Stadtschreiber Markus Frauenfelder

Entschuldigt Reto Kühnis





Traktanden

1. Protokoll der Sitzung vom 6. Oktober 2016
2. Botschaft Budget 2017 / GPK-Bericht der Stadt Chur
Teuerungsausgleich für das Jahr 2017 / Stellungnahme zu den Änderungsanträgen der GPK zum Budget 2017
3. Aufgaben- und Leistungsüberprüfung:
3.1 Aufgaben- und Leistungsüberprüfung ALÜ 2.1; Bericht der Vorberatungskommission
3.2 Botschaft Aufgaben- und Leistungsüberprüfung ALÜ 2.0; Schlussbericht
4. IBC Energie Wasser Chur; Budget 2017 (Kenntnisnahme)
5. Botschaft Verlängerung der Konzession der Stadt Chur an die IBC Energie Wasser Chur
6. Botschaft Verordnung des Gemeinderats vom 29. April 2004 (RB 205) betreffend Stadtratslöhne; Aufhebung
7. Auftrag FDP-Fraktion betreffend Bautätigkeiten der Stadt Chur; Bericht
8. Petitionen des Jugendparlaments Stadt Chur gemäss Art. 64 Geschäftsordnung
 - Fahrradausleihe
 - Vergärungsanlage für die Region Chur
 - Energiekonzept der Stadt Chur
 - Energierichtplan
9. Fragestunde vom 15. Dezember 2016 gemäss Art. 61 Geschäftsordnung (bei Bedarf)

1. Protokoll der Sitzung vom 6. Oktober 2016

Das Protokoll der letzten Sitzung wird einstimmig genehmigt.



2. Botschaft Budget 2017 / GPK-Bericht der Stadt Chur

Teuerungsausgleich für das Jahr 2017 / Stellungnahme zu den Änderungsanträgen der GPK zum Budget 2017

Antrag

1. *Das Budget für das Jahr 2017 mit Aufwendungen von Fr. 243'232'100.-- und Erträgen von Fr. 250'707'900.-- sowie einem Überschuss der Erfolgsrechnung von Fr. 7'475'800.-- wird genehmigt.*
2. *Der Steuerfuss für das Jahr 2017 beträgt unverändert 90 % der einfachen Kantonssteuer.*
3. *Die Nettoinvestitionen für das Jahr 2017 betragen Fr. 27'660'000.--.*
4. *Der Stellenplan für das Jahr 2017 beträgt 65'423 Soll-Stellenprozente (ohne die Gewerbliche Berufsschule Chur (GBC) und die Informatik).*
5. *Die Feuerwehrpflichtersatzabgabe für das Jahr 2017 beträgt unverändert Fr. 90.--.*

Mit Bericht vom 18. November 2016 zum Budget 2017 beantragt die Geschäftsprüfungskommission (GPK):

1. *Das Budget 2017 der Stadt Chur inklusive Stellenplan unter Berücksichtigung der beantragten Korrekturen zu genehmigen.*
2. *Die Nettoinvestitionen auf 30.06 Mio. Franken zu plafonieren.*

Mit Beschluss vom 6. Dezember 2016 (SRB.2016.875) beantragt der Stadtrat:

1. *Die städtischen Gehälter sowie der Ausgleich für die Rentenbeziehenden bleiben auf dem Stand der Lohntabelle 2009.*
2. *Unter Berücksichtigung der Anträge gemäss GPK-Bericht, jedoch ohne die in dieser Ziffer beantragten Änderungen, ergibt sich bei einem Aufwand von Fr. 243'371'900.-- und einem Ertrag von Fr. 250'520'600.-- ein Gesamtergebnis (Gewinn) von Fr. 7'148'700.--. Daraus resultieren ein Finanzierungsfehlbetrag von Fr. 9'303'800.-- und ein Selbstfinanzierungsgrad von 69.0 %.*



Der Stadtrat beantragt, folgende Anträge der GPK abzulehnen:

Erfolgsrechnung

Konto 3636.83, Soziale Dienste, Transferaufwand, Familienzentrum Planaterra
(Seite 42,
- Fr. 18'000.--)

Stellenplan

5550, Kindertagesstätten (Seite 82, vgl. auch Seite 40, Erfolgsrechnung Soziale Dienste, Personalaufwand, Stellenplanbudget Kindertagesstätten): Kürzung um 500 % auf 1'533.73 %. Das neue Stellenplan-Soll beträgt somit Total 64'943 Stellen-%.

Übrige Anträge der GPK (gemäss GPK-Bericht vom 18. November 2016, Abschnitt 6., Seite 7)

Erfolgsrechnung 94.3000.07 Löhne Stadtrat Führung Amtsstellen Region Plessur

Antrag GPK: Die GPK ist jedoch der Meinung, dass die Entschädigungen der Mitglieder des Stadtrats einer neuen gesetzlichen Grundlage bedürfen. Da die Führung der Amtsstellen der Region Plessur mit einer vierjährigen Leistungsvereinbarung (2016 bis 2019) fest abgeschlossen wurde, soll die bisherige Regelung für diese Zeitspanne beibehalten werden. Der Stadtrat soll bis ins Jahr 2018 abklären, wie die Entschädigung der Stadtratsmitglieder für die Einsitznahme im Grossen Rat, in Verwaltungsorganen von Handelsgesellschaften, Genossenschaften, Vereinen, Stiftungen sowie Körperschaften oder Anstalten des privaten und öffentlichen Rechts gemäss Art. 31 Abs. 2 und 3 der Stadtverfassung in einer gemeinderätlichen Verordnung oder gesetzlich anderweitig geregelt werden können. Die Lösungsvarianten sind dem Gemeinderat in einem entsprechenden Bericht vorzulegen, wobei darauf geachtet werden soll, dass die neue gesetzliche Regelung im Jahr 2020 wirksam ist.

Für die Behandlung des Geschäfts nehmen Jürg **Egger** und Albin **Bislin** von der Dienststelle Finanzen und Steuern Einsitz.



ALLGEMEINE DISKUSSION

Der **GPK-Präsident** bezeichnet das Budget als gut, auch wenn bei den Investitionen ein Fehlbetrag von 9 Mio. Franken resultiere. Dies verdeutliche, dass man vom Ziel, Investitionen zwischen 25 und 30 Mio. Franken jährlich aus eigener Kraft zu finanzieren, noch weit entfernt sei. Das Budget 2017 könne sich aber dennoch sehen lassen.

In der kurzen Diskussion wird bemerkt, die Stadt sei auf dem richtigen Weg, und dafür gebe es mehrere Gründe (mehr Steuereinnahmen, tiefe Zinsen, ALÜ 2.0). Die Opfersymmetrie sei aber noch nicht erreicht, und eine Steuersenkung würde das Ungleichgewicht noch verschärfen. Mit der Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III sei mit Einbussen zu rechnen. Positiv wird im Weiteren vermerkt, das Budget zeige, dass man Leistungen ausbauen und gleichzeitig die Finanzen im Griff haben könne.

GPK-BERICHT (seitenweise Beratung)

ERFOLGSRECHNUNG

BEHÖRDEN

3000.07, Stadtrat; Löhne Stadtrat Führung Amtsstellen Region Plessur

In ihrem Bericht schreibt die GPK auf Seite 11, dass die Entschädigungen der Stadtratsmitglieder einer neuen gesetzlichen Grundlage bedürfen. Der **GPK-Präsident** betont, dass hinsichtlich Entschädigung heute alles mit rechten Dingen von sich gehe. Dennoch erscheine es am besten, dies in einem Gesetz oder einer Verordnung transparent zu regeln.

DEPARTEMENT 1

3636.04, Stadtkanzlei; Institut für berufliche Weiterbildung

Menge erkundigt sich nach den Gründen für die Erhöhung. **Stadtpräsident Marti** antwortet, es gehe um einen Trägerbeitrag der Stadt, der aufgrund von veränderten Rahmenbedingungen seitens Kanton habe erhöht werden müssen. Die ibW spiele in der Tertiärbildung eine wichtige Rolle und die Institution sei für Chur wichtig. Die Stadt habe deshalb mit den anderen Trägern ihren Beitrag erhöht.

**3010.01, Kontaktstelle Wirtschaft, Leitung; Löhne Verwaltungs-/Betriebspersonal**

Menge erkundigt sich nach der Aufstockung um 20 %. **Stadtpräsident Marti** führt aus, der Gemeinderat habe für die Stelle ursprünglich 50 % bewilligt, und mittels Regierungsbeschluss habe der Kanton die Finanzierung weiterer 50 % für das Regionalmanagement zugesagt. Nachdem die Person angestellt gewesen sei, habe der Kanton einen Rückzieher gemacht. Man habe der Person dann die Führung der Sportanlagen mit einem Pensum von 30 % übertragen - mit lediglich 50 % hätte sich die Stelle nicht besetzen lassen. Infolge Pensionierung des Stelleninhabers erfolge im 2017 eine Neubesetzung; aufgrund der vielen Aufgaben strebe man ein Vollpensum an. Die Stelle habe sich bereits ausbezahlt, indem man bereits wichtige Unternehmungen habe ansiedeln können. Man stehe aber in Konkurrenz zum Kanton, der auf dem Sägereiareal in Ems Erfolge verbuche wollte. Das Thema Regionalentwicklung sei nach wie vor pendent.

3010.01, Immobilien & Bewirtschaftung; Löhne Verwaltungs-/Betriebspersonal

Decurtins ist nicht gegen die neue Stelle, äussert aber Zweifel an der Auslagerung der Reinigung. Er fragt, ob der Einbezug der Personalkommission geplant sei und ob die Angestellten gleich viel verdienten. Er finde, man solle die Erfahrungen der GBC abwarten und beantragt, den Abbau der 506.6 Stellenprozente rückgängig zu machen (Abstimmung vgl. Debatte zum Stellenplan). **Stadtpräsident Marti** räumt ein, dass die erzielbaren Einsparungen auch zu Lasten der Mitarbeitenden gingen. Bei der GBC habe der Stadtrat Wert darauf gelegt, dass die Löhne in der Kündigungsfrist gleich bleiben. Es frage sich, warum die Stadt nicht auch die Reinigung wie viele andere Dienstleistungen einkaufen wolle. Bei der GBC sei der Einbezug der Personalkommission versehentlich unterlassen worden. Die Vorberatungskommission zu ALÜ 2.1 beantrage im Bereich der Reinigung eine Gesamtschau, und dieser Auftrag habe sich in zeitlicher Hinsicht mit der Stellenplanung überschritten. Entsprechend werde man bis zur Auslegeordnung zuwarten, man strebe aber eine Kompensation an.

DEPARTEMENT 2**3636.12, Stadtschule; Ausserschulische Musikerziehung**

- **Antrag Menge**

"Der Beitrag für die ausserschulische Musikerziehung sei um Fr. 50'000.-- zu erhöhen."



Menge begründet den Antrag damit, dass die Erhöhung der im Rahmen von ALÜ 2.0 erfolgten Kürzung entspreche. Die Kürzung habe zur Folge, dass die Elternbeiträge erhöht werden müssten. Es handle sich dabei nicht um Kultur, sondern um einen Bildungsauftrag.

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 12 zu 7 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Soziale Dienste, Personalaufwand Kindertagesstätten (Kita)

Die Haltung der GPK ist in deren Bericht auf Seite 40 detailliert aufgeführt; ergänzende Ausführungen durch den **GPK-Präsidenten**. Seine Kommission streiche nicht munter drauflos, sondern sie habe sich für die von den Sozialen Diensten als solche bezeichnete "Minimalvariante" entschieden.

Senn Meili spricht sich für die Aufstockung um + 8.5 Stellen aus. Der Bedarf sei unbestritten. Das entsprechende Personal sei heute als Aushilfen angestellt, entsprechend seien auch dessen Kosten im Budget enthalten. Festanstellungen seien aber zu bevorzugen.

Stadträtin Doris Caviezel-Hidber bedankt sich für die Unterstützung der GPK im Bereich der finanziellen Leistungen. Bei der Kita habe man in der Tat eine Minimalvariante vorgeschlagen, dort aber definiert, was genehmigt werden müsse, damit diese Variante vertretbar sei. So müsse etwa die Rayonleiterin angestellt werden können, weil es in der Führung Mehraufwand gebe. Viel lieber sei ihr die Maximalvariante, denn analog Schulklassen seien diese Kinder da. Provisorien seien personalintensiver, und von einem allfälligen Wechsel in der Unterstellung der Kita sei die Rayonleitung nicht betroffen. Befristungen schafften Unsicherheit und brächten Mehraufwand. Es sei davon auszugehen, dass die Nachfrage im Bereich Kita weiter zunehmen werde.

3636.83, Soziale Dienste; Familienzentrum Planaterra

Der **GPK-Präsident** zieht den Kürzungsantrag seiner Kommission zurück, da der Bedarf ausgewiesen sei.



DEPARTEMENT 3

3140.05, Tiefbau; Unterhalt Kanalisation

Kappeler moniert, dass die Spezialfinanzierung in Rechnung und Budget nicht korrekt abgebildet sei. Die Zahlen seien nicht transparent. Die Spezialfinanzierung sei mit Einnahmen von 2.2 Mio. Franken anständig dotiert. Er ersuche den Stadtrat, im Rahmen der Rechnung 2017 Transparenz zu schaffen und zu klären, ob das bestehende Gebührensystem nicht nachteilig sei. Er erwarte eine Botschaft mit einem modifizierten Gebührenmodell und verlange eine Protokollerklärung.

Stadtrat Leibundgut führt aus, zum Zeitpunkt der Budgetierung sei die Verfügung der Regierung noch nicht bekannt gewesen; diese sei auch noch nicht rechtskräftig. Eine Diskussion zum aktuellen Zeitpunkt sei müssig, da die Verfügung nicht diskutabel sei. Es sei Kappeler aber unbenommen, einen entsprechenden Auftrag einzureichen. Bereits bei der gemeinderätlichen Botschaft sei der Preisüberwacher konsultiert worden, auch der Kanton habe dies getan. Fazit sei, dass man mit den Gebühren sehr tief, jedoch ausreichend hoch liege. Der Durchschnitt der Klärgebühr in der Schweiz liege bei zwei Franken. Die Spezialfinanzierung werde in die Jahresrechnung einfließen, und auch der Kanton werde deren Richtigkeit kontrollieren.

Stadtpräsident Marti ergänzt, eine aussagekräftige Spezialfinanzierung sei bisher aufgrund fehlender Gebühren schwierig gewesen. Man werde Kanalisation, ARA und TRAC künftig in einer Spezialfinanzierung zusammenfassen. Unter Beachtung des Äquivalenz- und des Kostendeckungsprinzips werde sich dann zeigen, ob die Gebühren angemessen seien. Er gebe **zu Protokoll**, dass der Vorschlag Kappeler übernommen und in der Jahresrechnung ausgewiesen werde.

3140.17, Baulicher Unterhalt Gewässer Plessur/Rhein

Menge fragt nach dem Grund der erheblichen Abweichung. **Stadtrat Leibundgut** erklärt dies mit dem grossen Nachholbedarf, der sich insbesondere bei starken Niederschlägen gezeigt habe.



INVESTITIONSRECHNUNG

Altlastensanierung Alter Forstwerkhof

Stadtpräsident Marti ergänzt, dass der Stadtrat die Erhöhung begrüsse, doch sollten die Kosten tiefer ausfallen. Sondierbohrungen hätten ergeben, dass Altlasten vorhanden seien. Eine weitere Schwierigkeit bestehe im Unterwerk der IBC, welches disloziert werden müsse. Für den Stadtrat habe es hohe Priorität, dass die Firma Inventx dort bauen könne.

Auf die Frage nach dem Stand der Skate-Anlage führt **Stadtpräsident Marti** aus, im Frühjahr 2017 werde der Gemeinderat über das Gesamtkonzept informiert; die Skate-Anlage bilde ein Teil davon. Die Stadt wolle die Anlage aber selbst bauen.

STELLENPLAN

Immobilien und Bewirtschaftung

- **Antrag**

"Auf die Streichung von 506.6 Stellenprozente im Bereich Wartung/Reinigung sei zu verzichten."

Decurtins begründet den Antrag damit, zuerst sei die im Rahmen des Auftrags der Vorbereitungscommission ALÜ 2.1 zu erarbeitende Auslegeordnung abzuwarten.

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 12 zu 6 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

- **Antrag** der GPK (vgl. Seite 82 GPK-Bericht)

"Kürzung um 500 % auf 1'533.73 %"

Der Antrag wird vom **Stadtrat** bekämpft (vgl. SRB.2016.875 vom 6. Dezember 2016)

Abstimmung:

Der Antrag der GPK wird mit 13 zu 7 Stimmen angenommen.



STEUERFUSS FÜR DAS JAHR 2017

- **Antrag** der FDP-Fraktion

1. *Der Steuerfuss 2017 wird gegenüber dem Steuerfuss 2016 gesenkt.*
2. *Der Steuerfuss 2017 beträgt 88 % der einfachen Kantonssteuer.*

Mengiardi begründet den Antrag mit den Mehreinnahmen aus der Kanalgebühr, die ungefähr drei Steuerprozent entsprechen. Zudem habe das Volk die Einführung der Kanalgebühr zwei Mal abgelehnt; diesen Willen gelte es zu beachten. Betrachte man die budgetierten Überschüsse und den Umstand, dass die Jahresrechnungen regelmässig besser abschliessen, so resultierten auch mit der beantragten Steuersenkung Mehreinnahmen von rund Fr. 700'000.--, die den Investitionen zugutekämen. Sie beantragten, dass zuerst über die Grundsatzfrage und dann über das Mass der Steuersenkung abgestimmt werde.

Der **GPK-Präsident** teilt mit, eine knappe Mehrheit seiner Kommission habe sich für eine Steuersenkung ausgesprochen, und die Mitglieder seien in ihrer Stimmabgabe frei. Er äussere sich in seiner Eigenschaft als Gemeinderatsmitglied zum Thema, und er selbst sei gegen eine Steuersenkung. Man habe im Rahmen von ALÜ 2.0 nun während vier Jahren gefeilscht, man sei auf Kurs, jedoch noch nicht am Ziel. Die Eigenfinanzierung sei nach wie vor ungenügend, und die Kanalgebühr sei eine der vielen Massnahmen gewesen, um dies zu verbessern. Der Gemeinderat habe sich zudem mit 16 zu 4 Stimmen für die Einführung der Kanalgebühr ausgesprochen. Die Steuersenkung entlaste ein kleines Grüppchen, die Kanalgebühr hingegen belaste alle. Es sei zudem eine Fiktion zu glauben, die Kanalgebühr sei wegen mangelnder Kompensation abgelehnt worden. Die Stadt müsse nicht nur beim Steuerfuss, sondern auch bei der Infrastruktur gut aufgestellt sein. Ein Steuerfuss von 90 % sei im schweizerischen Vergleich sehr gut.

Die nachfolgende Diskussion dreht sich im Wesentlichen darum, ob die durch die Einführung der Kanalgebühr erzielten Mehreinnahmen kompensiert werden sollen oder nicht.

Die **Befürworter** der Steuersenkung argumentieren, das Volk habe deutlich Nein gestimmt im Wissen, dass die Kanalgebühr verfügt werden könne. Auch wenn nicht alle gleich profitierten, seien die Steuern zu senken.



Die **Gegner** der Steuersenkung führen ins Feld, eine bescheidene Erhöhung des Beitrags an die Musikschule sei heute abgelehnt worden, und die Handänderungssteuer sei im Rahmen von ALÜ 2.0 auch ohne Steuersenkung erhöht worden. Der Antrag wird angesichts der im Rahmen von ALÜ 2.0 umgesetzten Sparmassnahmen als unglaublich und nicht nachhaltig kritisiert.

- **Antrag Widmer** auf Schluss der Diskussion

Abstimmung:

Auf den Antrag entfallen die erforderlichen zwei Drittel der Stimmen.

Stadtpräsident Marti führt aus, dass die Festsetzung des Steuerfusses in der Hoheit des Gemeinderates liege. Chur stehe im schweizweiten Steuerwettbewerb gut da; bei den tiefen Einkommen liege man bei den Kantonshauptstädten auf Platz 10, bei den höheren auf dem 10./12. Platz; die Stadt befinde sich also in der besseren Hälfte. Zu bedenken sei auch, dass 23 % der Steuerpflichtigen keine Steuern bezahlten, doch auch diese bezögen Dienstleistungen im Wert von durchschnittlich Fr. 6'500.--/Jahr pro Person. Der Stadtpräsident rechnet vor, dass die Senkung um 2 % für den/die Einzelnen vernachlässigbar ist - es sei hingegen anzustreben, dass der Steuerfuss konstant sei. Auch die erwähnte Rangierung der Stadt Chur verändere sich dadurch nicht. Der Stadtpräsident rechnet ferner vor, in welchem Umfang Infrastrukturen infolge einer Steuersenkung nicht realisiert werden können. Der Stadtrat wolle seine Investitionspolitik aufrechterhalten und die Stadt attraktiv behalten. Bei der Kanalgebühr habe man jahrelang zu wenig einkassiert; die aktuellen 75 Rappen pro m³ lägen deutlich unter dem Wert, der eigentlich bezahlt werden müsste - der Durchschnittspreis in der Schweiz liege bei zwei Franken. Es könne also gesagt werden, dass man bei der Kanalisation bisher auf Pump gelebt habe. Mit einer Steuersenkung nehme sich der Gemeinderat Gestaltungsspielraum, denn die Kanalgebühren seien zweckgebunden. Konsequenterweise müssten Investitionen im Umfang von 1.2 Mio. Franken gestrichen werden.

Stadtrat Leibundgut ergänzt, sein Departement erhalte mit der Kanalgebühr ein "Geschenk", mit der Steuersenkung müssten aber die anderen Departemente auf Investitionen verzichten, da die Einnahmen gebunden seien.

Ein **Ordnungsantrag**, hier eine Pause einzulegen, wird abgelehnt.



Menge möchte eine Protokollerklärung der Bürgerlichen, dass wenn die Jahresrechnung 2017 2.5 Mio. Franken weniger ausweise, eine Steuererhöhung zur Diskussion stehe.

Abstimmungen:

Der Antrag, den Steuerfuss 2017 gegenüber dem Steuerfuss 2016 zu senken, wird mit 11 zu 9 Stimmen angenommen.

Der Antrag, den Steuerfuss 2017 bei 88 % der einfachen Kantonssteuer festzusetzen, wird mit 11 zu 9 Stimmen angenommen.

Schlussabstimmung:

Der Antrag des Stadtrates wird wie folgt zum Beschluss erhoben:

1. Das Budget für das Jahr 2017 mit Aufwendungen von Fr. 243'371'900.-- und Erträgen von Fr. 249'020'600.-- sowie einem Überschuss der Erfolgsrechnung von Fr. 5'648'700.-- wird genehmigt (einstimmig).
2. Der Steuerfuss für das Jahr 2017 beträgt 88 % der einfachen Kantonssteuer (11 Ja- zu 9 Nein-Stimmen).
3. Die Nettoinvestitionen für das Jahr 2017 betragen Fr. 30'060'000.-- (einstimmig).
4. Der Stellenplan für das Jahr 2017 beträgt 64'950 Soll-Stellenprocente (ohne die Gewerbliche Berufsschule Chur (GBC) und die Informatik; einstimmig).
5. Die Feuerwehrpflichtersatzabgabe für das Jahr 2017 beträgt unverändert Fr. 90.-- (einstimmig).



3. Aufgaben- und Leistungsüberprüfung:

3.1 Aufgaben- und Leistungsüberprüfung ALÜ 2.1; Bericht der Vorberatungskommission

3.2 Botschaft Aufgaben- und Leistungsüberprüfung ALÜ 2.0; Schlussbericht

Antrag

3.1 Aufgaben- und Leistungsüberprüfung ALÜ 2.1; Bericht der Vorberatungskommission

Die Vorberatungskommission beantragt dem Gemeinderat, die folgenden Aufträge an den Stadtrat zu überweisen:

- 1. Delegation der Schulsozialarbeit sowie der Kindertagesstätten an die Stadtschule*
- 2. Aufgabenklärung Finanzkontrolle bezüglich Kontrolle und Beratung*
- 3. Unterhalt und Betrieb der städtischen Gebäude inkl. Reinigung*
- 4. Reduktion Verwaltungsräte in von Stadtverwaltung ausgelagerten Betrieben*
- 5. Reduktion Beiträge an Bergbahnen Chur-Dreibündenstein AG*
- 6. Einführung Lohnsummenbudget*
- 7. Interpretation zum städtischen Gesetz über die Förderung der Wirtschaft*

Ausserdem beantragt die Vorberatungskommission dem Gemeinderat, den

- 8. GPK-Auftrag (vom Gemeinderat am 20.12.12 überwiesen) abzuschreiben*

sowie

- 9. die Vorberatungskommission ALÜ 2.1 zu entlasten und gleichzeitig aufzulösen.*

3.2 Botschaft Aufgaben- und Leistungsüberprüfung ALÜ 2.0; Schlussbericht

- 1. Vom Schlussbericht zur Aufgaben- und Leistungsüberprüfung ALÜ 2.0 wird Kenntnis genommen.*
- 2. Der Auftrag der GPK, vom Gemeinderat überwiesen am 20. Dezember 2012, betreffend Reduktion des finanzwirksamen Aufwands, Stand Voranschlag 2013, während der laufenden Legislatur um mindestens 5 %, wird als erledigt abgeschrieben.*



Kommissionspräsident Kappeler erläutert nochmals das Vorgehen und die Arbeitsweise seiner Kommission (vgl. dazu den Kommissionsbericht).

Wortmeldungen von **Mazzetta, Cahannes, Grass, Kappeler, Stadtpräsident Marti**.

GPK-Präsident Cahannes führt aus, der Stadtrat habe den Auftrag des Gemeinderates erfüllt, der Auftrag habe explizit Mehreinnahmen nicht erwähnt. Das Ziel sei nicht ganz erreicht, aber auch nicht komplett verfehlt worden. Der städtische Haushalt stehe heute dank ALÜ 2.0 besser da, auch wenn das Ziel, die Investitionen aus eigenen Kräften zu finanzieren, nicht ganz erreicht worden sei.

Abstimmung:

Der Antrag des Stadtrates wird wie folgt zum Beschluss erhoben:

3.1 Aufgaben- und Leistungsüberprüfung ALÜ 2.1; Bericht der Vorberatungskommission

Der Antrag der Vorberatungskommission, folgende Aufträge an den Stadtrat zu überweisen, wird einstimmig beschlossen:

1. Delegation der Schulsozialarbeit sowie der Kindertagesstätten an die Stadtschule
2. Aufgabenklärung Finanzkontrolle bezüglich Kontrolle und Beratung
3. Unterhalt und Betrieb der städtischen Gebäude inkl. Reinigung
4. Reduktion Verwaltungsräte in von Stadtverwaltung ausgelagerten Betrieben
5. Reduktion Beiträge an Bergbahnen Chur-Dreibündenstein AG
6. Einführung Lohnsummenbudget
7. Interpretation zum städtischen Gesetz über die Förderung der Wirtschaft

8. Der Auftrag der GPK, vom Gemeinderat überwiesen am 20. Dezember 2012, betreffend Reduktion des finanzwirksamen Aufwands, Stand Voranschlag 2013, während der laufenden Legislatur um mindestens 5 %, wird einstimmig als erledigt abgeschrieben.
9. Die Vorberatungskommission ALÜ 2.1 wird entlastet und gleichzeitig aufgelöst (einstimmig).



3.2 Botschaft Aufgaben- und Leistungsüberprüfung ALÜ 2.0; Schlussbericht

1. Vom Schlussbericht zur Aufgaben- und Leistungsüberprüfung ALÜ 2.0 wird Kenntnis genommen.
2. Der Auftrag der GPK, vom Gemeinderat überwiesen am 20. Dezember 2012, betreffend Reduktion des finanzwirksamen Aufwands, Stand Voranschlag 2013, während der laufenden Legislatur um mindestens 5 %, wird einstimmig als erledigt abgeschlossen.

4. IBC Energie Wasser Chur; Budget 2017 (Kenntnisnahme)

Für die Beratung dieses Geschäfts nehmen von der IBC Energie Wasser Chur Martin **Derungs**, Geschäftsführer und Martin **Lang**, Leiter Finanzen & Dienste, Einsitz.

Wortmeldungen von **Mazzetta**, **Kappeler** und **Stadtpräsident Marti**.

Kenntnisnahme:

Vom Budget 2017 der IBC Energie Wasser Chur wird Kenntnis genommen.

5. Botschaft Verlängerung der Konzession der Stadt Chur an die IBC Energie Wasser Chur

Antrag

1. *Die Konzession, die am 31. Dezember 2016 endet, wird unverändert, jedoch unter dem Vorbehalt gemäss Ziffer 3 nachfolgend, für die Dauer von fünf Jahren bis zum 31. Dezember 2021 verlängert.*



2. *Die Konzession der Stadt Chur an die IBC Energie Wasser Chur (IBC), gültig ab 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2021, wird gestützt auf Art. 14 Abs. 1 IBC-Gesetz (RB 811), jedoch unter dem Vorbehalt gemäss Ziffer 3 nachfolgend, erteilt.*
3. *Voraussichtlich im Laufe des Jahres 2017 wird dem Gemeinderat eine neue Konzession zur Genehmigung vorgelegt. Diese Konzession soll rückwirkend auf den 1. Januar 2017 in Kraft treten.*

Wortmeldungen von **Infanger**, Frau **Mazzetta** und **Stadtpräsident Marti**.

Abstimmung:

Der Antrag des Stadtrates wird einstimmig wie folgt zum Beschluss erhoben:

1. Die Konzession, die am 31. Dezember 2016 endet, wird unverändert, jedoch unter dem Vorbehalt gemäss Ziffer 3 nachfolgend, für die Dauer von fünf Jahren bis zum 31. Dezember 2021 verlängert.
2. Die Konzession der Stadt Chur an die IBC Energie Wasser Chur (IBC), gültig ab 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2021, wird gestützt auf Art. 14 Abs. 1 IBC-Gesetz (RB 811), jedoch unter dem Vorbehalt gemäss Ziffer 3 nachfolgend, erteilt.
3. Voraussichtlich im Laufe des Jahres 2017 wird dem Gemeinderat eine neue Konzession zur Genehmigung vorgelegt. Diese Konzession soll rückwirkend auf den 1. Januar 2017 in Kraft treten.

6. Botschaft Verordnung des Gemeinderats vom 29. April 2004 (RB 205) betreffend Stadtratslöhne; Aufhebung

Antrag

1. *Der Gemeinderatsbeschluss vom 29. April 2004 "Gehälter der Mitglieder des Stadtrates" (RB 205) wird aufgehoben.*
2. *Das Ruhegehalt des Stadtrates wird per 1. Januar 2017 gesenkt; für bisher erworbene Beitragsjahre (Legislatur 2013 - 2016) gilt die bisherige Ruhegehaltsregelung.*



Keine Wortmeldungen.

Abstimmung:

Der Antrag des Stadtrates wird einstimmig wie folgt zum Beschluss erhoben:

1. Der Gemeinderatsbeschluss vom 29. April 2004 "Gehälter der Mitglieder des Stadtrates" (RB 205) wird aufgehoben.
2. Das Ruhegehalt des Stadtrates wird per 1. Januar 2017 gesenkt; für bisher erworbene Beitragsjahre (Legislatur 2013 - 2016) gilt die bisherige Ruhegehaltsregelung.

7. Auftrag FDP-Fraktion betreffend Bautätigkeiten der Stadt Chur; Bericht

Antrag

Der Auftrag sei zu überweisen.

Wortmeldung von **Infanger**.

Abstimmung:

Der Auftrag wird einstimmig überwiesen.



8. Petitionen des Jugendparlaments Stadt Chur gemäss Art. 64 Geschäftsordnung

Petitionen:

- *Fahrradausleihe*
- *Vergärungsanlage für die Region Chur*
- *Energiekonzept der Stadt Chur*
- *Energierichtplan*

Abstimmung:

Die Petition betreffend Vergärungsanlage für die Region Chur wird mit 17 zu 1 Stimme bei 1 Enthaltung an den Stadtrat überwiesen.

Von folgenden Petitionen des Jugendparlaments wird Kenntnis genommen:

- *Fahrradausleihe*
- *Energiekonzept der Stadt Chur*
- *Energierichtplan*

9. Fragestunde gemäss Art. 61 Geschäftsordnung

Die Fragen der **SP-Fraktion** betreffend Gestaltungsbeirat für die Stadt Chur werden durch **Stadtrat Tom Leibundgut** beantwortet.

Die Fragen der **SP-Fraktion** betreffend Abstimmungskampagne Olympia werden durch **Stadtpräsident Urs Marti** beantwortet.

Protokollerklärung der CVP-Fraktion

Der Fraktionsvorsitz geht von Frau **Maissen** auf **Cahannes** über.



Eingang parlamentarischer Vorstösse

Die **Gemeinderatspräsidentin** gibt den Eingang der folgenden parlamentarischen Vorstösse bekannt:

- Auftrag Jean-Pierre Menge und Mitunterzeichnende betreffend Installation einer elektronischen Abstimmungsanlage im Gemeinderat
- Auftrag BDP-Fraktion und Mitunterzeichnende betreffend Einführung von zweisprachigen Klassen Deutsch/Englisch an der Stadtschule Chur
- Auftrag Martha Widmer-Spreiter und Mitunterzeichnende betreffend Sauberes Wasser nicht nur für uns!
- Auftrag BDP-Fraktion und Mitunterzeichnende zu "OLYMPIA JA in Chur"
- Interpellation SP-Fraktion betreffend behindertengerechter, barrierefreier Zugang zum Churer Stadthaus

Chur, 16. Januar 2017

Der Stadtschreiber:

Markus Frauenfelder

Auftrag betr. Installation einer elektronischen Abstimmungsanlage im Gemeinderatsaal

Immer mehr Parlamente (Bund, Kantone, Gemeinden) gehen dazu über, elektronische Abstimmungsanlagen in den Plenarsälen einzuführen.

Im Gemeinderatsaal der Stadt Chur soll eine elektronische Abstimmungsanlage eingebaut werden. Denn sie schafft Transparenz nach innen und nach aussen.

Der Vorteil eines elektronischen Abstimmungssystems liegt darin, dass das Abstimmungsverhalten unbürokratisch sichtbar gemacht werden kann. Daraus ziehen alle Anwesenden im Rat und auf den Zuschauerplätzen einen sofortigen Nutzen. Ob die Abstimmungsdaten zu auch zu erfassen sind, kann einstweilen offenbleiben, ist aber vertieft zu prüfen. Damit wird nicht zuletzt die Möglichkeit geschaffen, dass den Bürgerinnen und Bürgern die Haltung ihrer Volksvertreter näher gebracht werden kann. In diesem Zusammenhang erscheint es sinnvoll, dass der im Saal zu installierende Bildschirm nicht nur das Abstimmungsergebnis, sondern auch die Anträge im Wortlaut anzeigt.

Weiterer Mehrwert wird mit einer solchen Anlage geschaffen, indem Fehler bei Auszählungen verhindert werden können, was in letzter Zeit immer wieder vorkam, und bei sehr knappen Entscheidungen nicht unbedeutend ist. Für Ratsmitglieder besteht die Möglichkeit, mittels eines Knopfdrucks anzuzeigen, wenn sie das Wort zur Debatte wünschen. Das Gemeinderatspräsidium wird dabei entlastet, nach hochgestreckten Händen Ausschau zu halten. Das Übersehen von Votanten ist ausgeschlossen.

Im gleichen Zuge sollte eine Modernisierung der Aktenauflage geprüft werden (Aktenauflage elektronisch).

Der Stadtrat wird eingeladen, dem Gemeinderat eine entsprechende Botschaft betr. Installation einer elektronischen Abstimmungsanlage im Gemeinderatsaal vorzulegen, wobei auch die gesetzlichen Bestimmungen (Art. 46 und 47 der Geschäftsordnung für die Gemeinderäte) anzupassen sind.

Dr. Jean-Pierre Menge



Stadt Chur

Eingereicht anlässlich der
Gemeinderatssitzung vom

10.12.2016

(Handwritten signature)
Markus Frauenfelder, Stadtschreiber



Gemeinderat

Beiblatt zu parlamentarischen Vorstössen

Auftrag

Interpellation

Titel INSTALLATION EINER ELEKTROMISCHEN ABSTIMMUNGSANLAGE IM GEMEINDERATSSAAL

Erstunterzeichnende/r (ankreuzen)

	Name	Partei	eingesehen (Visum)	Unterschrift
<input type="checkbox"/>	Cahannes Romano	CVP		
<input type="checkbox"/>	Cortesi Mario, Ing. HTL/BWI NDS	SVP	ra	
<input type="checkbox"/>	Decurtins Guido	SP		J. Decurtins
<input type="checkbox"/>	Gartmann-Albin Tina	SP		T. Gartmann
<input type="checkbox"/>	Grass Stefan, Ing. HTL	SP		Stefan Grass
<input type="checkbox"/>	Hohl Oliver	BDP		Oliver Hohl
<input type="checkbox"/>	Infanger Dominik, Dr. iur.	FDP		D. Infanger
<input type="checkbox"/>	Kappeler Jürg, Dr. sc. techn.	GLP	JK	
<input type="checkbox"/>	Kühnis Reto	CVP		
<input type="checkbox"/>	Maissen Carla, Dr. med.	CVP	Ma	
<input type="checkbox"/>	Mazzetta Anita	Freie Liste Verda	Ma	
<input type="checkbox"/>	Meier Adrian J.	Freie Liste Verda		A. Meier
<input checked="" type="checkbox"/>	Menge Jean-Pierre, Dr. iur.	SP		J. Menge
<input type="checkbox"/>	Mengiardi Andri, Dr. iur.	FDP		A. Mengiardi
<input type="checkbox"/>	Meuli Hans Martin, Dr.	FDP		H. Meuli
<input type="checkbox"/>	Nay Beath	unabhängig		
<input type="checkbox"/>	Rettich Urs	SVP	Rer	
<input type="checkbox"/>	Senn Meili Claudio	SP		C. Senn
<input type="checkbox"/>	Trepp Michael	Freie Liste Verda		M. Trepp
<input type="checkbox"/>	von Rechenberg Susanne	BDP		
<input type="checkbox"/>	Widmer-Spreiter Martha	BDP		M. Widmer

Datum: 15.12.2016



Bürgerlich - Demokratische Partei (BDP) Chur
Partida burgais - democratica (PBD) da Cuira
Partito borghese - democratico (PBD) di Coira

Auftrag betreffend Einführung von zweisprachigen Klassen Deutsch/Englisch an der Stadtschule Chur

Der Grossraum Chur ist der wichtigste Wirtschafts- und Industriestandort des Kantons Graubünden. Die Verfügbarkeit von Fachkräften und die Nähe zu ausgewiesenen Bildungsstätten sind elementare Faktoren für die Standortattraktivität für Unternehmungen.

Um den Wirtschaftsstandort im Grossraum Chur attraktiv zu erhalten und ausbauen zu können, um die gut ausgebildeten Bündner in ihren Heimatkanton zurückzuholen und qualifizierte Fachkräfte mit Familien im Grossraum Chur längerfristig anzusiedeln, muss das Bildungsangebot der Volksschule angepasst werden. Die Unterzeichnenden sehen die Stadt Chur mit Zentrumsfunktion in der Pflicht, das zweisprachige Angebot der Volksschule um die zweisprachigen Klassen Deutsch/Englisch zu erweitern. Das entsprechende Know-how konnte in der Stadtschule während der letzten 15 Jahre mit der Führung der zweisprachigen Klassen Deutsch/Italienisch und Deutsch/Romanisch erarbeitet werden. Mit der Einführung von den zweisprachigen Klassen Deutsch/Englisch kann somit auf Bewährtes zurückgegriffen werden.

Dieses Zusatzangebot wird nicht gratis sein: Die Eltern sollten die Zusatzkosten tragen, die die Führung von zweisprachigen Klassen generieren. (Lehrmittel, Absprache zwischen den Lehrpersonen etc.)

Die Stadtschule verfolgt den Grundsatz, den Anliegen der modernen Gesellschaft gerecht zu werden. Mit dem zusätzlichen Angebot von Deutsch/Englisch Klassen verfolgt sie genau diese Zielsetzung. Die Schulabgänger werden für vielfältige Ausbildungs- und Arbeitsangebote im Grossraum Chur dankbar sein.

Für die Unterzeichnenden ist wichtig, dass der Kanton Graubünden die Sprachenfrage nochmals aufnimmt, um den jungen Menschen die allseits geforderten Englischkompetenzen mit auf den Lebensweg zu geben.

Die Unterzeichnenden beauftragen den Stadtrat:

1. Mit der Einführung von zweisprachigen Klassen Deutsch/Englisch an der Stadtschule Chur auf Primar- und Oberstufe
2. Einen Bericht zu erstellen mit den Angaben der Zusatzkosten, die die Führung von zweisprachigen Klassen generieren.

Chur, den 15. Dezember 2016

Oliver Hohl, Fraktionspräsident der BDP Gemeinderatsfraktion

Susanne von Rechenberg, BDP Gemeinderätin

Martha Widmer-Spreiter, BDP Gemeinderätin



Stadt Chur

Eingereicht anlässlich der
Gemeinderatssitzung vom

15.12.16

Markus Frauenfelder, Stadtschreiber



Gemeinderat

Beiblatt zu parlamentarischen Vorstössen

Auftrag

Interpellation

Titel Einführung zweisprachige Klassen D/E

Erstunterzeichnende/r (ankreuzen)

	Name	Partei	eingesehen (Visum)	Unterschrift
<input type="checkbox"/>	Cahannes Romano	CVP		<i>[Signature]</i>
<input type="checkbox"/>	Cortesi Mario, Ing. HTL/BWI NDS	SVP	<i>MC</i>	
<input type="checkbox"/>	Decurtins Guido	SP	<i>S</i>	
<input type="checkbox"/>	Gartmann-Albin Tina	SP		
<input type="checkbox"/>	Grass Stefan, Ing. HTL	SP	<i>SG</i>	
<input type="checkbox"/>	Hohl Oliver	BDP		<i>[Signature]</i>
<input type="checkbox"/>	Infanger Dominik, Dr. iur.	FDP		
<input type="checkbox"/>	Kappeler Jürg, Dr. sc. techn.	GLP	<i>JK</i>	
<input type="checkbox"/>	Kühnis Reto	CVP		
<input type="checkbox"/>	Maissen Carla, Dr. med.	CVP	<i>Ma</i>	<i>Maissen</i>
<input type="checkbox"/>	Mazzetta Anita	Freie Liste Verda		
<input type="checkbox"/>	Meier Adrian J.	Freie Liste Verda		<i>Ad Meier</i>
<input type="checkbox"/>	Menge Jean-Pierre, Dr. iur.	SP		
<input type="checkbox"/>	Mengiardi Andri, Dr. iur.	FDP		<i>[Signature]</i>
<input type="checkbox"/>	Meuli Hans Martin, Dr.	FDP		<i>[Signature]</i>
<input type="checkbox"/>	Nay Beath	parteilos		
<input type="checkbox"/>	Rettich Urs	SVP	<i>UR</i>	
<input type="checkbox"/>	Senn Meili Claudio	SP		
<input type="checkbox"/>	Trepp Michael	Freie Liste Verda		<i>[Signature]</i>
<input checked="" type="checkbox"/>	von Rechenberg Susanne	BDP		<i>[Signature]</i>
<input type="checkbox"/>	Widmer-Spreiter Martha	BDP		<i>[Signature]</i>

Datum: 15.12.2016


Stadt Chur

 Eingereicht anlässlich der
Gemeinderatssitzung vom

15.12.16

Auftrag: Martha Widmer-Spreiter Gemeinderätin BDR

Sauberes Wasser nicht nur für uns!!

Wie alle, welche bereits im Jahr 2013 im Gemeinderat Einsatz nahmen wissen, ist mir das Wasser ein grosses Anliegen.

Wir, das heisst, die Stadt Chur und der ganze Kanton verfügen über genügend sauberes Trinkwasser.

Markus Frauenfelder, Stadtschreiber

In der Schweiz ist nicht nur genügend Wasser, sondern es sind auch das Know-how und die finanziellen Mittel vorhanden, um jederzeit hochwertiges Trinkwasser in jedem Haus zur Verfügung zu stellen.

Vielerorts sind die Voraussetzungen für eine ausreichende Wasserversorgung wesentlich schlechter als in der Schweiz. Mit solidarit'eau suisse können Schweizer Wasserversorgungen / Gemeinden auf einfache Weise Trinkwasserprojekte in Entwicklungsländern unterstützen.

Mit dem Wasserbotschafter und solidarit'eau suisse Goodwill Ambassador Ernst Bromeis haben wir in unserem Kanton eine Ansprechperson welche sich seit Jahren für die Problematik von sauberem Trinkwasser einsetzt.

Die Initiative solidarit'eau suisse (von der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA) ist eine Austauschplattform, auf der interessierte Gemeinden auf einfache Weise Trinkwasserprojekte finden, die sie unterstützen können.

Es gibt zwei Möglichkeiten, wie Sie mit solidarit'eau suisse Menschen Zugang zu sauberem Trinkwasser ermöglichen können: durch eine Projektunterstützung oder durch eine Partnerschaft.

Projektunterstützung

Sie können über solidarit'eau suisse ein Trinkwasserprojekt auswählen, das sowohl ihren Vorstellungen bezüglich Land, Grösse des Projekts und Anzahl der Begünstigten, als auch den finanziellen Möglichkeiten ihrer Wasserversorgung / Gemeinde entspricht, und dieses finanziell unterstützen.

 Nähere Informationen erhalten sie unter www.solidariteausuisse.ch

Ich fordere den Stadtrat auf, dieses Projekt zu prüfen und uns mitzuteilen ob die Stadt bereit ist sich daran zu beteiligen.

Wenn ja in welcher Form.

Mit freundlichen Grüssen Martha Widmer-Spreiter

1



Gemeinderat

Beiblatt zu parlamentarischen Vorstössen

 Auftrag

 Interpellation

 Titel Sauberes Wasser nicht nur für uns

 Erstunter-
zeichnende/r
(ankreuzen)

-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-

Name	Partei	eingesehen (Visum)	Unterschrift
Cahannes Romano	CVP		
Cortesi Mario, Ing. HTL/BWI NDS	SVP	MC	
Decurtins Guido	SP		G. Decurtins
Gartmann-Albin Tina	SP		
Grass Stefan, Ing. HTL	SP	SG	
Hohl Oliver	BDP		O. Hohl
Infanger Dominik, Dr. iur.	FDP	DI	
Kappeler Jürg, Dr. sc. techn.	GLP	JK	
Kühnis Reto	CVP		
Maissen Carla, Dr. med.	CVP	Ma	Maissen
Mazzetta Anita	Freie Liste Verda	AM	A. Mazzetta
Meier Adrian J.	Freie Liste Verda		
Menge Jean-Pierre, Dr. iur.	SP		J. Menge
Mengiardi Andri, Dr. iur.	FDP		
Meuli Hans Martin, Dr.	FDP	Me	
Nay Beath	parteilos	BN	
Rettich Urs	SVP	RU	
Senn Meili Claudio	SP		C. Senn
Trepp Michael	Freie Liste Verda		M. Trepp
von Rechenberg Susanne	BDP		S. von Rechenberg
Widmer-Spreiter Martha	BDP		M. Widmer-Spreiter

 Datum: 15.12.16



Bürgerlich - Demokratische Partei (BDP) Chur
Partida burgais - democratica (PBD) da Cuira
Partito borghese - democratico (PBD) di Coira

Auftrag BDP Fraktion zu „OLYMPIA JA in Chur“

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden unterstützt grossmehrheitlich eine breit abgestützte Olympiakandidatur „Graubünden 2026“. Gegenüber dem von der Bevölkerung knapp abgelehnten Projekt „Olympia 2022“ hat die neue Kandidatur klare Vorteile: Nutzung von bestehender Infrastruktur, breitere Kantonale und überregionale Abstützung, geringere Kosten, Wandel im IOC, um nur einige zu nennen.

Es liegt auf der Hand, dass die Stadt Chur als Kantonshauptstadt und zentraler Ausgangspunkt zu mehreren Wintersportdestinationen (Lenzerheide/ Arosa, Flims/ Laax/ Falera, Davos/ Klosters) prädestiniert ist, bei einer Kandidatur für olympische Winterspiele eine zentrale Rolle zu spielen. In Frage kommen neben einer möglichen Rolle als Host-City auch diejenigen als Presse-Hub, Olympisches Dorf oder weiterer zentraler Nutzungen.

Der Stadtrat ist aus unserer Sicht gefordert, im Hinblick auf die Olympia-Kandidatur Chur bestmöglichst zu positionieren.

Entsprechend beauftragen die Unterzeichnenden den Stadtrat:

1. Mit dem OK „Olympische Winterspiele Graubünden & Partner 2026“ aktiv in Bezug auf die Rolle der Stadt Chur für allfällige Olympische Spiele 2026 in Graubünden in Kontakt zu treten.
2. Für die Stadt Chur eine zu definierende, aber massgebliche Rolle für die Kandidatur auszuhandeln.
3. In einer Botschaft aufzuzeigen, wie die Gespräche verlaufen sind, welche Rolle die Stadt Chur im Hinblick auf Olympia 2026 spielen könnte und wie die weiteren Schritte aussehen.

Chur, den 15. Dezember 2016

Oliver Hohl, Fraktionspräsident der BDP Gemeinderatsfraktion

Susanne von Rechenberg, BDP Gemeinderätin

Martha Widmer-Spreiter, BDP Gemeinderätin



Stadt Chur

Eingereicht anlässlich der
Gemeinderatssitzung vom

15.12.16

Markus Frauenfelder, Stadtschreiber



Gemeinderat

Beiblatt zu parlamentarischen Vorstössen

Auftrag

Interpellation

Titel Auftrag zur "Olympia JA in Chur"

Erstunterzeichnende/
(ankreuzen)

-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-

Name	Partei	eingesehen (Visum)	Unterschrift
Cahannes Romano	CVP		
Cortesi Mario, Ing. HTL/BWI NDS	SVP	me	
Decurtins Guido	SP	S	
Gartmann-Albin Tina	SP		
Grass Stefan, Ing. HTL	SP	SG	
Hohl Oliver	BDP		
Infanger Dominik, Dr. iur.	FDP		
Kappeler Jürg, Dr. sc. techn.	GLP		
Kühnis Reto	CVP		
Maissen Carla, Dr. med.	CVP		
Mazzetta Anita	Freie Liste Verda	An	
Meier Adrian J.	Freie Liste Verda		
Menge Jean-Pierre, Dr. iur.	SP	je	
Mengiardi Andri, Dr. iur.	FDP		
Meuli Hans Martin, Dr.	FDP		
Nay Beath	parteilos		
Rettich Urs	SVP	Re	
Senn Meili Claudio	SP	fe	
Trepp Michael	Freie Liste Verda		
von Rechenberg Susanne	BDP		
Widmer-Spreiter Martha	BDP		

Datum: _____



Interpellation

Behindertengerechter, barrierefreier Zugang zum Churer Stadthaus

Anlässlich einer am 3. Juli 2006 durchgeführten Begehung des im Dezember 2005 eröffneten Stadthauses wurden gemeinsam mit den Behindertenorganisationen Erhebungen betreffend fehlender Barrierefreiheit durchgeführt und in gegenseitiger Absprache Massnahmen zu deren Behebung beschlossen. Mit Ausnahme von Anpassungen zur besseren Orientierung vor und im Stadthaus wurden diese Massnahmen umgesetzt.

In der Interpellation „Umsetzung des Behinderten Gleichstellungsgesetzes in der Stadt Chur“ vom 8. November 2007 wurde neben anderem auf diese noch zu behehenden Mängel hingewiesen. In ihrer Vertiefungsarbeit vom Januar 2012 „Wie sehbehindertengerecht ist das neue Stadthaus von Chur ausgebaut?“ wurde durch die Lernende Lea Hitz auf die nach wie vor fehlende Barrierefreiheit bezüglich der Orientierung und Bewegungsfreiheit vor und im Stadthaus hingewiesen. In seinem Bericht zum Auftrag Thomas Hensel und Mitunterzeichnende betreffende „Hindernisfreiheit“ hat der Stadtrat festgehalten: „Der Stadtrat hat von der Vertiefungsarbeit der Lernenden zur Sehbehindertengerechtigkeit des Stadthauses Kenntnis genommen.“

Mit seinem Auftrag betr. Hindernisfreies Stadthaus hat der damalige Gemeinderat Thomas Hensel erneut auf das Thema aufmerksam gemacht und gefordert, dass die bekannten und vorliegenden Mängel aufzunehmen und bis Ende 2014 wo möglich zu beheben oder zu verbessern sind. Dieser Auftrag wurde an der Sitzung vom 12. September 2012 im Sinne der Erwägungen überwiesen. Die Erwägungen lauteten: „Hingegen soll im Voranschlag 2013 das Anbringen eines Führungssystems zum Eingang Stadthaus, die Anpassung der Beschriftung für sehbehinderte Menschen und die Markierung der Treppenabsätze und Treppengeländer budgetiert werden.“

Eine Besichtigung am 18. Oktober 2016 hat gezeigt, dass dieser überwiesene Auftrag bis heute in Teilbereichen nicht oder nur ansatzweise erfüllt wurde. Aus diesem Grunde stellen sich folgende Fragen:

1. Wie erklärt der zuständige Stadtrat diese Verzögerung und mangelhafte Umsetzung des überwiesenen Auftrages?
2. Bis wann darf mit der Umsetzung gerechnet werden?
3. Wie und mit welchem Instrument gedenkt der Stadtrat künftig die Einhaltung von überwiesenen Aufträgen zu kontrollieren?
4. Wie möchte der Stadtpräsident barrierefreie paraolympische Winterspiele gewährleisten, wenn selbst das Anbringen von Leitlinien zum Eingang des Stadthauses in 10 Jahren nicht machbar ist?

Chur, den 5. Dezember 2016

Für die SP-Fraktion
Guido Decurtins